Bezugsgebühr [illegible]

Dresdner Nachrichten

41. Jahrgang.

Dresden, 1896.

Lobeck & Co.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf Altmarkt 2.

Photographische Apparate für Amateure.
Preislisten gratis und franco.
Carl Plaul,
Dresden, Wallstrasse 25.
Fernspr.-Amt I, No. 167.

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. I. Et.
Beleuchtungs-Gegenstände
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn, Kgl. Hoflieferanten,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

„Invalidendank"
Dresden, Seestrasse 6, I.
Fernsprechstelle 1117.
I. Annoncen-Expedition für alle Zeitungen.
II. Billet-Verkauf für die Dresdner Theater.
III. Effecten-Controle unter Garantie.
IV. Collection der Sächs. Landeslotterie.

Solide, elegante deutsche und **englische Tuchwaaren**
empfiehlt in grossartigster Auswahl billigst **C. H. Hesse**, 20 Marienstrasse 20, Ecke Margarethenstrasse (3 Raben).

Nr. 268. Spiegel: Brief des Fürsten Bismarck an den Gouverneur von Texas. Hofnachrichten. 35jährige Feier der Gründung Neudorfs. Speisung bedürftiger Schulkinder. Protestversammlung.

Muthmaßliche Witterung: Ruhig, trocken.

Sonntag, 27. Sept.

An die geehrten Leser!

Bei der bedeutenden Auflage der „Dresdner Nachrichten" ist es nothwendig, die **Bestellungen** auf das

vierte Vierteljahr 1896

bei dem betreffenden Postamte **sofort** bewirken zu wollen, da anderenfalls auf ungestörte Fortlieferung bez. rechtzeitige Neulieferung des Blattes nicht gerechnet werden könnte.

Die Bezugsgebühr beträgt bei den **Kaiserl. Postanstalten** im Reichsgebiet **vierteljährlich 2 Mark 75 Pf.**, in Oesterreich-Ungarn **2 Fl. 53 Kr.** und im Auslande **2 Mark 75 Pf.** mit entsprechendem Postzuschlage.

Alle Postanstalten im Deutschen Reiche, in Oesterreich-Ungarn und im Auslande nehmen Bestellungen auf unser Blatt an.

Für **Dresden** nimmt die unterzeichnete Geschäftsstelle während der Dienststunden Bestellungen zum Preise von **2 Mark 50 Pf.** (einschließlich Bringerlohn) entgegen.

Neu- und Abbestellungen, sowie die Anzeigen über erfolgte **Wohnungsveränderungen** in Dresden, wolle man entweder **persönlich** anbringen oder **schriftlich** — nicht durch Fernsprecher — an die Geschäftsstelle gelangen lassen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten",
Marienstraße 38, Erdgeschoß.

Politisches.

Die Deutschen in den Vereinigten Staaten von Amerika haben, wie in diesen Tagen bekannt geworden ist, durch den Gouverneur von Texas Mr. Culberson eine Anfrage an den Reichskanzler gerichtet, in der sie dessen autoritative Belehrung in Sachen der herrschenden Währungsstreitigkeiten erbitten, um auf dieser Grundlage ihre Stellungnahme gegenüber der „Hauptplanke" *) in den „Platformen" der Parteien bei dem großen Wahlkampf um die Präsidentschaft einzurichten. Fürst Bismarck spricht sich in seinem Antwortschreiben zu Gunsten der „Doppelwährung" aus. Diese mehrfach hervorgehobene Bezeichnung ist bedeutungsvoll mit Rücksicht auf gewisse von der strengen Doppelwährung abweichende Bestrebungen, die in den amerikanischen Parteikämpfen scharf hervortreten und anscheinend von Tag zu Tag an Ausdehnung gewinnen. Es ist daher bei dem weltbewegenden Charakter des amerikanischen Währungskampfes von allgemeinem Interesse und hat zugleich für uns eine engere nationalwirthschaftliche Wichtigkeit, die Auslassungen des Fürsten Bismarck in ihrer realpolitischen Nutzanwendung auf die amerikanischen Verhältnisse an der Hand einer Darlegung der dortigen Währungswirrnisse zu würdigen.

Eine rein sachliche, von europäischen Gold- und Silberinteressen unbeeinflußte Betrachtung der amerikanischen Valutapolitik begegnet freilich erheblichen Schwierigkeiten, weil auf dem in Frage kommenden finanzpolitischen Kriegsschauplatze selbst die klaren Begriffe über den Gegenstand durch eine in's Riesenhafte gesteigerte politische Agitation verdunkelt und ihre festen Grenzlinien durch die unaufhörliche, stets gesteigerte Verwendung zugkräftiger „Schlager" verschoben worden sind. Nach eingehenden Untersuchungen, die Herr v. Kardorff angestellt hat, schält sich aus dem Widerstreit der Interessen und Meinungen auf diesem Gebiete folgender Kern heraus: Die europäische Meinung, daß in Amerika eine reine Goldwährungspartei existire wie bei uns, ist falsch. Thatsächlich giebt es in den Vereinigten Staaten nur zwei Parteien in der Münz- und Währungsfrage, 1. die der internationalen Bimetallisten, die hauptsächlich von den Republikanern vertreten wird, zu der aber auch ein kleinerer Theil der Demokraten, u. A. Mr. Cleveland selbst gehört, und 2. die der Anhänger der freien Silberprägung für Amerika ohne internationale Vereinbarung. Anhänger der reinen Goldwährung sind dagegen in Amerika nicht als Partei, sondern nur ganz vereinzelt zu finden, und zwar sind es hauptsächlich die Vertreter der New-Yorker Bankhäuser. Außerdem wirkt die kalifornische Luft auf vereinzelte Geister ansteckend im Sinne der goldenen Einheitswährung. Das ist aber auch Alles. Hieraus erhellt, daß unsere Goldwährungspresse durchaus keine Veranlassung hat, sich in der bisher von ihr beliebten Weise mit der sogenannten „Gutgeld"- oder „Gesundgeld"-Bewegung zu identifiziren, weil diese thatsächlich im strengen Wortsinne eine bimetallistische ist. Die ausdämmernde Erkenntniß des wahren Sachverhalts mag vielleicht auch der Grund gewesen sein, daß aus dem deutschen Goldwährungslager „Theodor, der mit dem „Barthe", der „Nation" geliebter Herr" sich auf den Weg nach der großen Republik gemacht hat, um die dortigen Währungsverhältnisse einem gründlichen Studium zu unterziehen.

Die Erkenntniß der Ziele der amerikanischen Gutgeldleute und ihrer Antipoden im Einzelnen setzt die Bekanntschaft mit dem dortigen Münzsystem voraus, das zur Zeit folgendermaßen ausgestaltet ist: Die Umlaufsmittel der Ver. Staaten bestehen in Goldmünzen, Silbermünzen und 5 verschiedenen Arten von Papiergeld, die durchgängig direkt in Gold einlösbar sind. Daneben giebt es noch besondere papierne Umlaufsmittel der Nationalbanken, die von diesen in „Greenbacks" (einer besonderen Art von Staatskassenscheinen) einlösbar sind. Bezüglich der Greenbacks und der Schatzamtsnoten heißt es, daß sie von den Staatskassen „in coin", also wörtlich „in gemünztem Gelde" einzulösen seien, d. h. da in Amerika Gold und Silber gleichwerthige Zahlungsmittel sind, entweder in Gold oder in Silber. Es ist jedoch eine feststehende Usance, daß die Einlösung stets in Gold erfolgt, sobald der Inhaber einen entsprechenden Wunsch äußert. Dies geschieht, um die finanzielle Stabilität des Landes und den Staatskredit unversehrt zu erhalten, und zu dem Zwecke ist die Regierung bemüht, stets eine hinlängliche Goldreserve im Schatzamt zur Verfügung zu haben. Diese Goldreserve will auch die Gutgeldpartei, die im Uebrigen völlig auf dem Standpunkte des internationalen Bimetallismus steht, in der Zwischenzeit bis zu dem Abschluß einer internationalen Vereinbarung über Remonetisirung und Werthverhältniß des Silbers nicht beeinträchtigt wissen. Da aber unter den bestehenden Verhältnissen die Aufrechterhaltung der Goldreserve bei dem billigen Silberpreise einen theuren Ankaufspreis für das Gold bedingt, so scheint es, als ob dieser Umstand den Irrthum der kontinentalen Goldwährungspresse betreffs des „goldparteilichen" Charakters der amerikanischen Gutgeldleute hervorgerufen habe. Zu den genannten Kategorien von Umlaufsmitteln kommt dann noch ein weiterer Typus, der durch das Gesetz von 1890 geschaffen worden ist. Dieses Gesetz ordnet den Ankauf von monatlich 4½ Millionen Unzen Silber und die Emission von Schatzamtsnoten an, die ausdrücklich als entweder in Gold oder in Silber einlösbar erklärt wurden. In Verbindung damit wurde die offizielle Erklärung abgegeben, daß es „die festgegründete Politik der Vereinigten Staaten sei, die beiden Metalle in Parität miteinander zu erhalten und zwar auf Grund des gegenwärtigen gesetzlichen Verhältnisses oder eines noch zu bestimmenden Verhältnisses". Seit diesem Zeitpunkt nahm die bimetallistische Frage ihren akuten internationalen Charakter an.

Im Gegensatz zu den Vertretern des Gutgeldgedankens fordert eine grundlegende Umgestaltung des geltenden amerikanischen Münzsystems die demokratisch-populistische Partei des „ungesunden" Geldes, der „Geldverschlechterung", auf deren finanz- und wirthschaftspolitische Anschauungen sich der neue demokratische Präsidentschaftskandidat Mr. Bryan verpflichtet hat, der „junge Riese aus den Lenden der Riesenrepublik", wie ihn einer seiner Verehrer genannt hat. In der Platform dieser Partei heißt es: „Wir verlangen die freie und uneingeschränkte Prägung sowohl von Silber wie von Gold zum gegenwärtigen gesetzlichen Verhältniß von 16:1 (d. h. 16 Unzen Silber sollen als einer Unze Gold gleichwerthig behandelt werden), ohne auf die Hilfe oder die Zustimmung einer anderen Nation zu warten." Die völlig freie Prägung von Silber aber würde bedeuten, daß Jeder, der ein Quantum Silber zu dem augenblicklichen niedrigen Weltmarktpreise erworben hat, es in den amerikanischen Münzstätten unentgeltlich in Silberdollars umgeprägt bekommt und dann in diesen Silberdollars ein in seiner Kaufkraft ungefähr doppelt so hohes Umlaufsmittel erhält. Die unausbleibliche Folge würde also sein, daß Jeder sich ein so billiges Zahlungsmittel zu verschaffen suchte. Infolgedessen würde das theure Gold entweder aufgespeichert oder in's Ausland abgestoßen werden, das Agio träte ein, und das Silber würde zur thatsächlich alleinigen Währung. Die reinen Silberleute fürchten die Erschütterung des gesammten inländischen Wirthschaftsverkehrs, den das Goldagio unvermeidlich im Gefolge haben würde, nicht. Sie wiegen sich in dem falschen Glauben, daß Freiprägung die Nachfrage genügend heben würde, um den alten Preis des Silbers wiederherzustellen, und ihr Anhang nimmt reißend zu unter dem Einfluß einer Agitation, die den Schwerpunkt der Entscheidung in dieser wirthschaftlich-finanziellen Frage auf das politisch-soziale Gebiet verlegt und die Leidenschaften gegen die Anhänger der reinen Doppelwährung aufstachelt, indem sie diese schlechtweg als Vertreter des Großkapitalismus hinzustellen bemüht ist. Das ist ein „Trick", der bei der allgemein gereizten Stimmung der amerikanischen Mittelschichten gegen die monopolistischen Ausschreitungen des Großkapitals seiner Wirkung sicher ist.

Ein entscheidender Sieg der Silberfreiprägung in Amerika wäre für Europa eine große Gefahr. Die reinen Silberleute rechnen sicher darauf, daß sich dem Vorgehen der Vereinigten Staaten ganz Amerika anschließen würde, und Amerika als billig produzirendes Silberland würde dann den ganzen asiatischen Handel den Goldwährungsländern entreißen. Das heißt mit anderen Worten, die Silberfreiprägung bedeutet für Europa die Ausschließung seiner Erzeugnisse aus den amerikanischen und den asiatischen Märkten und einen wichtigen Schritt vorwärts auf der Bahn des Panamerikanismus. Deshalb ist es bedeutsam, daß Fürst Bismarck in seinem Schreiben an den Gouverneur von Texas mehrmals mit ausdrücklicher Betonung von der „Doppelwährung" spricht, womit die auf einseitige Herrschaft des Silbers gerichteten Bestrebungen in den Vereinigten Staaten als desavouirt gelten müssen.

*) Der amerikanische (nicht englische) Ausdruck platform bedeutet so viel wie „politisches Parteiprogramm" und planks nennt man die einzelnen Punkte eines solchen Programms.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 26. Septbr.

Berlin. Der Kaiser gedenkt bis Anfang Oktober in Rominten zu bleiben, und begiebt sich dann auf das Jagdschloß Hubertusstock. Am 18. Oktober wird der Kaiser der Feier an der porta westphalica beiwohnen. — Der „Reichsanzeiger" publizirt die Verleihung des Albert von Belgien. — Vom 1. April bis Ende August d. J. kamen im Deutschen Reiche an Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern einschließlich der kreditirten Beträge 307,676,355 M. (27,946,211 M. mehr als im gleichen Zeitraume des Vorjahres) zur Anschreibung. Die Isteinnahme abzüglich der Ausfuhrvergütung und der Verwaltungskosten betrug 279,282,329 M. (17,080,093 M. mehr). Von den Stempelsteuern erbrachte die Börsensteuer 2,788,196 M. weniger. Die Einnahme der Post- und Telegraphenverwaltung stellte sich um 4,468,045 M. höher.

Berlin. Der hiesige anarchistische „Sozialist" veröffentlicht zwei Zuschriften, welche Ende Juli von armenischen Sozialisten den Theilnehmern am Londoner internationalen Sozialistenkongreß übergeben worden sind mit dem aufrichtigen Wunsche, daß sie allen europäischen Sozialisten mitgetheilt werden möchten. Es ergiebt sich daraus, daß sich die armenischen Revolutionäre mit den Anarchisten identisch fühlen. Die Letzteren werden aufgefordert, die Armenier mit Waffen, Munition und Freiwilligen zu unterstützen. — Die Meldung der „Frankf. Ztg.", daß die Vorschläge wegen Konversion der 4prozentigen preußischen Konsols in 3½prozentige dem Kaiser zur Bestätigung vorgelegt worden seien, ist unzutreffend. Das preußische Staatsministerium hat sich, wie die „Voss. Ztg." erfährt, jedenfalls hierüber noch nicht schlüssig gemacht. — Aus Wien wird gemeldet: Das Befinden des erkrankten Fürsten Alexander von Schönburg-Hartenstein hat sich im Verlaufe der letzten 48 Stunden allmählich verschlimmert. Das Bewußtsein ist zwar nicht getrübt, doch macht der Schwächezustand des Kranken besorgnißerregende Fortschritte. — Der internationale Frauenkongreß hielt heute seine Schlußsitzung ab. Auf der Tagesordnung standen noch Vorträge über die Betheiligung der Frauen an Kunst, Wissenschaft und Litteratur und über die Friedensfrage. Die Vorsitzende Frau Minna Cauer sagte in ihrem Schlußwort: Durch den Kongreß sei erreicht, die deutsche Frauenwelt einzugliedern in die ganze große Kulturentwickelung, welche man als Frauenbewegung bezeichnet. — Die Urheber des Lichterfelder Brillantendiebstahls, der vor etwa 5 Wochen in der Wohnung des Kapitäns zur See Frhrn. v. Rösing verübt wurde, sind festgenommen worden. Von den gestohlenen Sachen ist bereits ein großer Theil, darunter die werthvollsten Stücke, zur Stelle geschafft.

Berlin. Die Uebersendung des Bildes der deutschen Kaiserfamilie an den Sultan erfolgte nach der Zusammenkunft des deutschen Kaisers mit dem Czaren. Dem „Tagebl." wird berichtet: Kaiser Wilhelm, als der am wenigsten an der Orientfrage Betheiligte, habe es übernommen, durch den Vertreter des Deutschen Reiches dem Sultan das Ergebniß der Kaiserbesprechungen übermitteln zu lassen. Frhr. v. Saurma-Jeltsch habe demnach den Auftrag erhalten, dem Sultan zu erklären, daß die ernsten Unterhaltungen, die sich nicht nur auf die armenische Frage, sondern auch auf Kreta, Makedonien und die übrigen unruhigen Theile des Türkenreiches bezögen, auf Seiten der drei Mächte keineswegs der Ausfluß persönlicher Gegnerschaft gegen den Sultan seien, im Gegentheil würden die genannten Regierungen lediglich von der Sorge um die Aufrechterhaltung des Friedens und damit auch um die Aufrechterhaltung des Besitzstandes der Türkei geleitet, welch' letzterer jedoch nur durch eine durchgreifende und schleunige Abstellung der Beschwerden der christlichen Bevölkerung möglich sei. Wenn hierbei Frhr. v. Saurma dem Sultan das Bild der deutschen Kaiserfamilie überreicht habe, so sei dies thatsächlich nur die Ueberzuckerung einer bitteren Pille gewesen.

Berlin. Zu der Eröffnung des Eisernen Thores schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.": Jeder Schritt, den der Verkehr vorwärts thut, erhöht den Werth des Friedens, so darf denn auch das Werk, das von morgen ab in den Dienst des völkerverbindenden Handels tritt, als eine neue Bürgschaft für die Fortdauer des Friedens begrüßt werden, umsomehr, als die Ausführung des Werkes sich vollzogen hat unter den Auspizien des Kaisers und Königs Franz Josef, den die Völker Europas längst als Hort des Friedens zu verehren gewohnt sind. — Die „Kreuzztg." äußert ihr Befremden darüber, daß zu der interparlamentarischen Friedenskonferenz in Pest deutsche Politiker wie Dr. Max Hirsch und Dr. v. Bar zugelassen wurden, obgleich sie keine Parlamentarier sind, und daß Dr. Max Hirsch sogar zum Vorsitzenden der deutschen Gruppe gewählt wurde. Die Bedeutung der interparlamentarischen Konferenz, die ohnehin nicht überschätzt werden dürfe, werde dadurch noch empfindlich beeinträchtigt, denn was nicht wiedergewählte Abgeordnete meinen und beschließen, bleibe völlig unmaßgeblich.

Wiesbaden. Der frühere freisinnige Reichstagsabgeordnete und ehemalige Major Hintze ist gestorben.

Kiel. Das Schulschiff „Stosch" ist heute über Skagen nach dem Mittelmeer abgegangen und wird zunächst Plymouth anlaufen.

Kiel. Sr. Majestät Schulschiff „Moltke" hat heute Nachmittag die Reise nach dem Mittelmeere angetreten. Das Schulschiff „Gneisenau" wird Montag nach dem Mittelmeer abgehen.

Altona. Vergangene Nacht wurde die große Reis- und Graupenmühle von Oppenheimer u. Co.-Hamburg vollständig eingeäschert. Der Schaden beträgt 1½ Millionen Mark. Ein Feuerwehrmann, der vom Dache stürzte, wurde lebensgefährlich, zwei andere Feuerwehrleute leichter verletzt.

Köln. Ein abgestürzter Felsblock zertrümmerte bei Taben die Lokomotive des Personenzuges Saarbrücken-Köln. Personen wurden nicht verletzt. — Der gestern Abend 8 Uhr 44 Min. in Borken fällige Personenzug überfuhr kurz vor dem Einlaufen in den Bahnhof ein Gefährt, wobei 3 Personen getödtet wurden.

Paris. „Soleil" erfährt aus Kopenhagen, die Verlobung des Prinzen Christian, ältesten Sohnes des dänischen Kronprinzen, mit der Prinzessin Pauline von Württemberg stehe bevor; ebenso sei die Verlobung der Prinzessin Ingeborg von Dänemark mit dem Erbprinzen von Wied beschlossen.

Marseille. Der Sturm hat sich heute früh noch verstärkt. Etwa 30 Schiffe mußten verschiedene Häfen an der Küste Schutz suchend anlaufen.

London. Der Moskauer Korrespondent des „Standard" erfährt, auf der Rückreise des Czaren würde eine Begegnung zwischen zwei, wenn nicht drei Kaisern in Czernowitz stattfinden.

London. Die Dynamitarden Kearney und Haines sollen von der niederländischen Regierung auf Grund des Beweismaterials strafrechtlich verfolgt werden.

Balmoral. Lord Rosebery ist gestern früh zu einem mehrtägigen Aufenthalt hier eingetroffen.

Petersburg. Bei dem großen Arbeiterstreik in den Fabriken zu Petersburg und Moskau wurden 1500 Personen, Leute aller Gesellschaftsklassen, verhaftet. In den letzten Wochen wurden in Moskau noch 100 Personen inhaftirt, welche alle den gebildeten Ständen angehören und der sozialistischen Propaganda unter den Arbeitern angeklagt werden. — Fünf Werst von Standerpol fand ein Zusammenstoß zweier nach derselben Richtung abgelassener Arbeiterzüge statt, von denen der erste plötzlich ohne Signal Halt machte. Sechs Waggons wurden zertrümmert, 6 Personen getödtet, 16 verwundet, davon 7 schwer.

Petersburg. Für die Zollschiffe sind besondere Flaggen und Wimpel nach dem Muster der Schiffe des Kriegsministeriums eingeführt worden, welche der russischen Handelsflagge ähnlich und mit einem besonderen Abzeichen versehen sind. Diese Flagge darf nur während der Ausführung des Zolldienstes geführt werden.

Triumph-Seife
Triumph-Seife
Triumph-Seife
Ist noch die beste für Wäsche und Haushalt